

# Kurzinformationen

zusammengestellt von Theo Ebbers

## Raos Führungsposition gefestigt

Der gesamtindische Parteitag der 'Congreß'-Partei, der Ende März in Surajkund/Haryana stattfand, endete mit einer deutlichen Niederlage der sogenannten 'Dissidenten' um Arjun Singh und einer Stärkung von Premier N. Rao in seiner Funktion als Parteivorsitzender. Als prominentester Vertreter einer Gruppe von bekannten 'Congreß'-Mitgliedern, die in der indischen Presse als 'Dissidenten' bezeichnet werden, hatte Singh schon im Vorfeld des Parteitages für Aufsehen gesorgt (siehe auch 'Südasiens', 3/93). Zu den zentralen Anliegen der Gruppe zählt die Durchsetzung des Prinzips 'Ein Mann - ein Posten' (und damit verbunden die Forderung nach einem Rücktritt Raos vom Parteivorsitz), die Wahl der Vertreter für die noch freien Plätze im Parteiausschuß, die Einrichtung einer innerparteilichen anti-Korruptionskommission und eine Diskussion über die Reaktion der Regierung auf die Ereignisse von Ayodhya. Eine geschickte Parteitagsregie und -organisation sorgte jedoch nicht nur für eine zum Teil lautstark geäußerte Unterstützung des Parteivorsitzenden, sondern verhinderte jede ernsthafte Diskussion über die vorgebrachten Kritikpunkte.

Neben den 950 stimmberechtigten Delegierten des Parteitages waren etwa 4.000 'Ehregäste' eingeladen. Freie Mahlzeiten und Taxidienste zwischen Delhi, Chandigarh und Surajkund sicherten das 'Wohlfühlen' der Delegierten. Das Arrangement der Sitzordnung im Versammlungsraum war ein weiterer wichtiger Faktor, der das Schicksal der 'Dissidenten' besiegelte, noch bevor sie zum Zuge kommen konnten: die ersten vier Reihen vor dem Podium belegten die von Bhajan Lal (Regierungschef in Haryana) persönlich eingeladenen Ehregäste, die nicht stimmberech-

tigt waren. Auf dem Podium selbst saßen nur loyale Anhänger Raos, die unter Führung von Jitendra Prasad und dem Ministerpräsidenten von Maharashtra, Sharad Pawar, dafür sorgten, daß außer Arjun Singh keiner der 'Rebellen' das Wort ergreifen konnte. Als Rao in seiner Eröffnungsrede die vakanten Posten im Parteiausschuß erwähnte und damit die Frage verband, ob diese durch ihn nominiert oder gewählt werden sollten, kam es zu 'spontanen' Sympathiebezeugungen für eine Nominierung. Zaghafte Rufe nach einer Wahl der Delegierten wurden durch die zahlreichen 'Ehregäste' unhörbar gemacht. In Sprechchören forderten vor allem die Gäste Lals die Nominierung durch Rao, worauf dieser mit der Bemerkung reagierte, er sehe sich dem Willen der Versammlung hilflos ausgeliefert und werde ihren Wünschen nachkommen. Die spätere Abstimmung über das Prinzip 'Ein Mann - ein Posten' erfolgt nicht, wie die 'Dissidenten' gefordert hatten, geheim, sondern per Handzeichen.

Die Bedeutung, die diese Vorgänge auf dem Parteitag erlangte, verhinderte jede ernsthafte politische Diskussion über die Inhalte einer zukünftigen Parteipolitik. Ohne größere Auseinandersetzungen wurde neben einer Resolution zur neuen Wirtschaftspolitik, die als Zielvorgabe für das Jahr 2.000 die Abschaffung der Arbeitslosigkeit benennt eine von Rao und Pawar formulierte Reaktionen auf die kommunalistische Politik der BJP und ihrer Verbündeten verabschiedet. Zu der von Arjun Singh geforderten Auseinandersetzung mit der Haltung der Partei zu hindufundamentalistischen Strömungen kam es nicht. Wenn er auch noch seinen Posten als 'Human Resource Development Minister' nicht verloren hat, ist Arjun Singh nach dem Parteitag offenbar ziemlich isoliert,

da vier seiner wichtigsten Verbündeten (M.L. Fotedar, K.N. Singh, Sheila Dixit und Natwar Singh) inzwischen für fünf Jahre von der Partei ausgeschlossen wurden. Zu den großen Gewinnern gehören Politiker wie Pawar, Lal und Tiwari. Rao wird zukünftig verstärkt von der Kooperationsbereitschaft dieser Politiker abhängen, da sie mit ihrer massiven Unterstützung dafür sorgten, daß seine Position im 'Congreß' gefestigt wurde. Während sie es geschafft haben, so die Parteiorganisation wenigstens für den Moment zu stärken, gelang es der 'Congreß'-Partei nicht, wirkungsvolle und angemessene Strategien zur Lösung der aktuellen Probleme des Landes zu entwickeln.

## Arroganz der Macht

Damit Premier Rao und seine Anhänger die Gastfreundschaft Hariyanas auch so richtig genießen konnten, wurden keine Kosten und Mühen gescheut. Um dem 'Parteifestival' einen würdigen Rahmen zu geben, wurden nicht nur mehr als 100 Millionen Rupien investiert, sondern auch mehr als 300 Familien von ihrem Land vertrieben.

Prasad Nagar war eine kleine Ansammlung von Lehmhütten am Rand von Mithapur, einem Dorf am Highway Delhi-Mathura. Die halblegale Siedlung wuchs während des letzten Jahrzehnts infolge der Entwicklung des Industriegürtels Delhi-Okhla-Faridabad und wurde zunehmend legalisiert. Ihre Bewohner wurden in den letzten Jahren in die Wählerlisten des Wahlbezirk Großdelhis aufgenommen und erhielten aufgrund von Wahlkampfversprechen von 'Congreß'-Abgeordneten verschiedentlich Mittel zum Ausbau der örtlichen Infrastruktur. Eine komplette Legalisierung der Siedlung erschien nur als eine Frage der



Zeit - bis Bhajan Lal sich als Gastgeber des 'Congreß'-Parteitags anbot. Ab Anfang Februar begann die 'Stadtentwicklungsbehörde' Haryanas (HUDA) damit, Hütten und Siedlungen entlang der wichtigsten Verbindungsstraßen zu beseitigen. Wie es heißt, um das Sicherheitsrisiko für die 'VIP'-Fahrzeuge zu minimieren. Das große Verkehrsaufkommen auf der Straße Delhi-Mathura von über 22.000 Fahrzeugen pro Tag und mehr als 250 Todesfälle durch Unfälle pro Jahr machen außerdem, so die Behörde, die Errichtung von Entlastungsstraßen unabdingbar. Ende Februar begann dann die Zerstörung Prasad Nagars.

Zwei Tage brauchten die Abrißkommandos, die Siedlung dem Erdboden gleich zu machen. Zwei Kinder im Alter von fünf und eineinhalb Jahren, gezwungen, zwei Nächte in Kälte und Regen zu verbringen, starben wenige Tage später an Lungenentzündung. Die Regierung Haryanas hat der Familie der Jungen inzwischen 80.000 Rupien (etwa 4.000 DM) Kompensation angeboten.

Aufgeschreckt durch öffentliche Reaktionen und offenbar gerichtliche Auseinandersetzungen fürchtend, hat die Landesregierung den vertriebenen Familien ein nachträgliches und recht überhastetes Kompensationsangebot gemacht: 30 Quadratmeter Land zu 4.500 Rupien pro Familie, ein zinsfreies Darlehen von 3.000 Rupien sowie 1.000 Rupien Bargeld. Doch das angebotene Land ist so weit von den Arbeitsplätzen der Vertriebenen entfernt, daß sie nicht mehr zur Arbeit 'pendeln' können. Politiker aller Oppositionsparteien versuchen, politisches Kapital aus der Affaire zu schlagen. Dabei sind diese Vertreibungen in gewisser Weise nicht ungewöhnlich. Sie sind symptomatisch für die Arroganz und Unsensibilität von Politikern und Entwicklungsbehörden Menschen gegenüber, die aufgrund ihrer Armut von allen Entscheidungsprozessen ausgeschlossen sind.

#### Nur ein taktischer Rückzug?

Sowohl die BJP als auch die Mini-

sterpräsidentin Tamil Nadus, Jayalalitha (AIADMK), haben Gerüchte zurückgewiesen, wonach die AIADMK nach ihrem Bruch mit der 'Congreß'-Partei in Tamil Nadu nun eine politische Allianz mit der BJP anstrebe (siehe 'Südasiens', 3/93). Jayalalitha bemerkte zu entsprechenden Meldungen, ihre Partei habe nicht vor, sich mit Gruppen einzulassen, die nicht die Interessen von Minderheiten vertreten. Ihre Partei verfüge über einen so großen Rückhalt in der Bevölkerung, daß sie es nicht nötig habe, sich mit der BJP einzulassen, die in Tamil Nadu über keinerlei Unterstützung verfüge. Auch L.K. Advani von der

wieder neue Nahrung. So genehmigte Jayalalitha entgegen einer Bitte der Zentralregierung im März eine Kundgebung der BJP in Madras, an der 25.000 Menschen teilnahmen; und der Finanzminister Tamil Nadus meinte bezüglich der Gerüchte, eine Allianz mit der BJP bedeute lediglich eine formale Mehrheitsbildung im Parlament und nicht, daß man deren Ideologie akzeptieren müsse.

Die recht deutliche Absage Jayalalithas an eine mögliche Allianz mit der BJP kann auch als ein taktischer Rückzug verstanden werden. Eine aktuelle Meinungsumfrage belegt, daß die AIADMK bei jetzt stattfindenden Wahlen nur 28 der insgesamt 234 Sitze im Landesparlament von Tamil Nadu gewinnen würde (bei den Wahlen 1991 waren es 163 Sitze). Die Umfrage ergab eine deutliche Ablehnung einer Allianz mit der BJP und eine breite Zustimmung für die Erneuerung des Bündnisses mit der 'Congreß'-Partei. Aus der Umfrage ging als Wahlsiegerin klar die DMK hervor, die lange Jahre die Regierung des Bundesstaates gestellt hatte.

#### Gründer der PWG in Polizeigewahrsam

Kondapalli Seetaramiah, der Gründer der naxalitischen 'Peoples War Group', befindet sich seit Ende März in Haft. Seinen Posten als Generalsekretär der Gruppe, den er seit deren Gründung vor etwa 15 Jahren innehatte, verlor er nach internen Auseinandersetzungen, als er im vergangenen Jahr aus der Gruppe ausgeschlossen wurde. Trotz seines schlechten Gesundheitszustandes bleibt der heute 74-jährige in Haft. Die Polizei wirft ihm die Beteiligung an mehreren schweren Terroranschlägen vor. So wird er verantwortlich gemacht für einen Brandanschlag auf einen Schnellzug, bei dem mehr als 40 Menschen ums Leben kamen. Auch wird ihm der Tod eines Polizeibeamten zur Last gelegt.

#### Hintergründe der Bombenexplosionen in Bombay

Kaum zwei Monate nach den



Jayalitha: Heute mit der BJP anbändeln, morgen von ihr verschluckt werden. (aus: 'The Pioneer')

BJP wies darauf hin, daß es bisher keine Gespräche über eine mögliche Allianz zwischen den beiden Parteien gegeben habe. Die Beziehungen zwischen BJP und AIADMK würden sich aber allmählich verbessern und auf "gegenseitigem guten Willen beruhen". Er bezog sich damit auf eine Rede Jayalalithas, mit der sie schon im November vergangenen Jahres beim Treffen des 'Rates zur nationalen Integration' (NIC) dazu aufrief, in Ayodyha eine Atmosphäre zu schaffen, die eine friedliche Durchführung von 'kar seva' ermöglichen.

Gerüchte über eine mögliche Allianz beider Parteien finden immer



schweren 'kommunistischen' Unruhen im Januar, die mehr als 600 Menschenleben forderten und mehrere tausend Moslems aus Bombay vertrieben, war das indische Wirtschaftszentrum Schauplatz des weltweit wohl schwersten Terroranschlags der Nachkriegsgeschichte. Am 12. März explodierten innerhalb weniger Stunden zwölf Bomben an zentralen Orten der Metropole. Noch bevor Kriminalbeamte auch nur Gelegenheit hatten, die Art des verwendeten Sprengstoffs zu bestimmen, stand nicht nur für BJP-Chef L.K. Advani fest, daß eine "ausländische Macht" (Pakistan) Drahtzieher der Anschläge sei. Innenminister S.B. Chavan vermutete schon am 13. März eine "internationale Verschwörung" und auch Premier Rao meinte am gleichen Tag, die Spuren der Attentäter führten höchswahrscheinlich über Indiens Grenzen hinaus. Erste Vermutungen der Polizei, die srilankische LTTE könne hinter den Anschlägen stehen, haben sich bisher nicht bewahrheitet. Dagegen verdichten sich Hinweise auf eine mögliche Beteiligung pan-islamischer Gruppen in Pakistan und dem Nahen Osten. Eine zunächst vermutete Beteiligung des pakistanischen Geheimdienstes ISI (Inter-Services Intelligence) kann nicht ganz ausgeschlossen werden, gilt aber als nicht gesichert.

Die erste Bombe explodierte am 12. März gegen 13.20 Uhr vor der Bombayer Börse, zweieinhalb Stunden später beendete die Explosion im Centaur-Hotel am Flughafen in Santa Cruz eine Serie von zwölf Detonationen, bei denen mehr als 300 Menschen getötet und weit über 1.000 zum Teil schwer verletzt wurden.

Glückliche Umstände führten dazu, daß die Polizei nicht lange im Dunkeln tappen mußte sondern schon nach wenigen Tagen wichtige Hinweise auf die Täter und die Durchführung des Verbrechens erhielt. Kurz nach den Explosionen wurde noch am 12. März ein Kleintransporter sichergestellt, der mit einer Ladung Schnellfeuergewehre, Handgranaten und mehreren Magazinen Munition unterwegs war. Der Wagen war zugelassen auf die Ehefrau eines Yakub Memon, der mit seinen Brüdern inzwischen als Hauptverdächtiger im Zusammenhang mit den Anschlägen gesucht wird. Einen zweiten Hinweis auf die Beteiligung der Memons erhielt die Polizei, als sie zwei Tage später ein weiteres verdächti-

ges Fahrzeug (Scooter) überprüfte, das seit dem 12. März in Dadar - einem Stadtteil Bombays - abgestellt und offenbar nicht gefahren wurde. In dem Scooter wurden etwa acht Kilogramm Plastiksprengstoff gefunden, die über den Starter gezündet werden konnten. Den Schlüssel zu dem Scooter fand man kurz darauf in der Wohnung Yakub Memons.

Einen weiteren wichtigen Hinweis erhielt die Polizei durch die Chassisnummer des Autos, in dem die Bombe untergebracht war, die am Air-India Gebäude detonierte und wieder führte die Spur zu Yakub Memon. Knapp eine Woche später sind die Memons (sechs Brüder und ihre Familien) vor allem aufgrund dieser Hinweise "die meist gesuchte Familie Indiens" ('India Today'). Eine Reihe von Verhaftungen (bisher wurden mehr als 50 Verdächtige festgenommen) und Hausdurchsuchungen, bei denen in den Wochen nach den Anschlägen mehr als 1.100 Zünder, knapp 500 Handgranaten, Schnellfeuergewehre und beinahe zwei Tonnen Sprengstoff sichergestellt wurden, nähren den Verdacht, daß die Bombenexplosionen nur als Auftakt einer Reihe weiterer Anschläge und gewalttätiger Auseinandersetzungen sein sollten. Vermutet wird aufgrund der bisherigen Ermittlungen ein Komplott internationaler, radikaler Moslemgruppen als 'Rache' für die Unruhen im Januar. Die Memon-Brüder hätten von diesen radikalen Kräften als 'Mitarbeiter' gewonnen werden können, da sie bei den Januarunruhen große Verluste ihres Eigentums hätten hinnehmen müssen. Sie seien von Dawood Ibrahim, eines in Dubai ansässigen indischen

'Unterweltbosses' anegworben worden, die Anschläge auszuführen. Diese Unterweltverbindungen sind für die indischen Ermittlungsbehörden zweifelsfrei erwiesen. Unklar bleibt jedoch, wer die Drahtzieher hinter Ibrahim und den Memons sind. Die Theorien der Polizei reichen von radikalen Moslemgruppen aus Afghanistan bishin zum pakistanischen Geheimdienst, dessen Beteiligung an den Anschlägen als gesichert gilt. Eine der Theorien fußt auf den Aussagen eines im Sommer vergangenen Jahres festgenommenen ISI-Agenten: Danach existiert angeblich ein Plan, militante Gruppen aus Kashmir und dem Punjab mit Moslems im übrigen Indien zusammenzubringen. Dies sind jedoch reine Spekulationen,

die möglicherweise nur dazu beitragen die kommunistische anti-moslemische Propaganda und Vorurteile radikaler Hindugruppen zu vertiefen. Die Beteiligung der indischen 'Unterwelt' an den Anschlägen (auch bei den Anschlägen in Kalkutta vom 16. März) ist wohl gesichert, doch die Ermittlungsbehörden sollten bei ihren Spekulationen über die Hintermänner vorsichtig sein, um kommunistische Ressentiments nicht weiter zu stärken.

### Neue Kontroverse um Quotensystem

Durch ein Gerichtsurteil des obersten Gerichtshofes war die indische Regierung Ende letzten Jahres verpflichtet worden, neue Kriterien zur Bestimmung bessergestellter Gruppen innerhalb der 'sozial und bildungsmäßig rückständigen Klassen' zu entwickeln (siehe 'Südasiens', 8/92). Eine zu diesem Zweck von der Zentralregierung eingesetzte Expertenkommission hat inzwischen dazu ihre Empfehlungen vorgelegt, die in allen politischen Parteien auf Kritik gestoßen sind, von der Regierung jedoch vorbehaltlos angenommen wurden. Die Kommission hat sieben Richtlinien ausgearbeitet, die dazu beitragen sollen, die 'bessergestellten Gruppen' zu identifizieren. Demnach sollen vor allem Beamte des 'höheren' und 'mittleren' Dienstes sowie Offiziere vom Hauptmann an aufwärts, von der Quotierung (reservation) ausgenommen werden. Für nicht im öffentlichen Dienst Beschäftigte sollen Einkommenskriterien (Höhe der Einkommenssteuer) herangezogen werden, bei Landbesitzern wird eine Obergrenze für den Besitz bewässerten Landes festgelegt. Kritiker dieser Empfehlungen bemängeln, daß nun ausschließlich ökonomische Kriterien zur Identifizierung der jeweiligen Bevölkerungsteile herangezogen werden sollen.

Das Problem, daß ökonomischer Aufstieg im Jahrhunderte alten Kastensystem nicht unbedingt auch sozialen Aufstieg zur Folge habe, werde in den Empfehlungen nicht berücksichtigt, hieß es. Ob und in welcher Form diese Richtlinien auch umgesetzt werden, bleibt abzuwarten.

### Überraschung bei Wahlen in Tripura

Bei den Parlamentswahlen in Tripura hat das von der CPI(M) angeführte Bündnis linker Parteien einen überraschenden Wahlsieg



über die bisher regierende 'Congreß'-Partei errungen. Von den 60 Parlamentssitzen fielen 49 an das linke Bündnis, die 'Congreß'-Partei konnte zusammen mit ihrem bisherigen Koalitionspartner nur 11 Sitze für sich gewinnen. Wahlbeobachter sprechen von einer Quittung für eine zunehmende Entfremdung der Bevölkerung von der bisherigen Regierung, die sich in den letzten fünf Jahren durch eine zunehmende Kriminalisierung ausgezeichnet habe. Von den 46 Kandidaten, die die 'Congreß'-Partei bei den letzten Wahlen 1988 stellte, hatten 11 eine kriminelle Vergangenheit. Dies habe, so Kritiker aus den eigenen Reihen, auch zu einer Kriminalisierung der Landespolitik geführt.

Mit Hilfe von Schlägertrupps und massivem Gewalteinsatz war es der 'Congreß'-Partei 1988 gelungen, die Wahlen für sich zu entscheiden. Kandidaten der Linken wurden angegriffen, zusammengeschlagen und ermordet, Wahlurnen gestohlen und verbrannt. In den fünf Jahren ihrer Regierung wurden mehrere hundert Parteimitglieder der CPI offenbar von solchen 'Schlägertrupps' der 'Congreß'-Partei ermordet, hunderte von Frauen vergewaltigt und unzählige Häuser zerstört. Mit Hilfe dieser Schlägertrupps hätten Abgeordnete und Minister versucht, in der kurzen Zeit ihrer Amtszeit, soviel persönlichen Profit wie möglich aus ihren Ämtern zu ziehen und jede Opposition unterdrückt.

Für die Linke gilt es jetzt nicht nur, das Vertrauen in die Politik wieder herzustellen, sondern auch und vor allem die ländliche Wirtschaft wiederzubeleben. 80 Prozent der Bevölkerung Tripuras lebt unter der offiziellen Armutsgrenze. Daraus resultierende soziale Spannungen finden ihren Ausdruck entlang ethnischer Linien, was eine wachsende Militanz von 'Stammesgruppen' zur Folge hat. Trotz dieser schweren Aufgaben hofft die Linke, Tripura könne der erste Schritt zur 'Eroberung' des Nordostens sein.

#### Teppich-Kampagne: Das Warenzeichen kommt

Der Handel ist perfekt. Die Entwicklungsorganisationen und die Exporteure in Indien haben bereits im Februar eine öffentliche Exportförderungsagentur offiziell beauftragt, das Warenzeichen für Teppiche ohne Kinderarbeit sozusagen 'schlüsselfertig' auszuarbeiten (siehe auch 'Südasiens', 1-2/93).



Aus: 'Down to Earth'

"Ein riesiger Schritt nach vorn, daß die Exporteure mit dabei sind", kommentierte ein Vertreter der Entwicklungsorganisation der 'South Asian Coalition on Child Servitude' (SACCS) in Delhi. Das Label soll einmal Knüppteppiche auszeichnen, die nachprüfbar von Fachkräften nicht unter 14 Jahren gefertigt wurden. Seine Einführung wird von den Entwicklungsorganisationen seit 1990 gefordert.

Auftragnehmer ist das 'Indo-German Export Promotion Project' (IGEP), ein Projekt der 'Deutschen Gesellschaft für technische Zusammenarbeit' (GTZ). Dort wird für die nächsten 15 Monate ein Sonderprojekt eingerichtet. Während dieser Zeit will IGEP die Voraussetzungen schaffen für die Einrichtung einer Körperschaft von Exporteuren und Entwicklungsorganisationen, die das Warenzeichen von Indien aus verwaltet. "Wenn alles klappt, dann können wir schon 1994 mit der konkreten Einführung des Warenzeichens in Deutschland beginnen", sagt Bernd Merzenich von IGEP, der früher Mitarbeiter beim Alternativhandelsbetrieb GEPA war.

IGEP wird auch das Inspektionssystem vorbereiten. Die Knüpfereien, die beim Warenzeichen mitmachen, werden dann alle regelmä-

ßig von Prüfern kontrolliert. Denn die Verbraucher in Europa und Nordamerika sollen sicher sein können, daß ihr Teppichkauf unbedenklich ist, wenn sie das Zeichen an der Ware vorfinden.

Nicht nur SACCS und die deutschen Hilfswerke begrüßen die neue Entwicklung. Auch der Bundesverband der Orientteppich-Importeure in Hamburg findet das Warenzeichen gut. Dieser neuen Haltung des Verbandes waren intensive Diskussionen am Rande der Fachmesse 'domotex' in Hannover vorangegangen. Die Hilfswerke erwarten nun, daß sich nunmehr auch die Importhäuser der Initiative aktiv anschließen.

Obwohl das Warenzeichen erst 1994 erwartet werden kann, gibt es bereits jetzt Teppiche, die nachweisbar von Erwachsenen geknüpft wurden. Von den Mitgliedern der seit zwei Jahren bestehenden 'Vereinigung der Teppichhersteller ohne Kinderarbeit' in Mirzapur (Uttar Pradesh), sind bisher acht Unternehmen mit insgesamt 750 Knüpfereien überprüft worden. Noch hat die Vereinigung jedoch Schwierigkeiten, ihre Waren auf dem deutschen Markt abzusetzen, da sich der Teppichhandel gegen eine Aufnahme sträubt.